

DIE WELT
UNTERNEHMENSZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Chefredakteur: Hans Zehrer
Stellv. Ernest J. Cramer, Hans-W. Meidinger,
Politik: Kurt Becker, Bernd Conrad, Ernst-Ulrich Fromm; Dokumentation und Zeitgeschichte: Dr. Paul Sethe; Wirtschaft: Dr. Heinz Pentzlin; Wirtschaftspolitik: Prof. Fried Zimmermann; Diplomat, Korrespondent: Peter Grubbe; Feuilleton: Dr. Georg Ransmayer; Kulturpolitik: Walter Görlitz; Wissenschaft und Forschung: Dr. Christoph Wolf; Tagesbericht: Georg Nawrocki; Sport: Fritz Wirth; Bild: F. Gert Pöhl; alle in Hamburg. Bonner Büro: Georg Schröder. Berliner Büro: Dr. Hans-Joachim Kausch. Mitteilungsstelle: Wolfgang Weinert, Berlin.

Tumulte bei der „Spiegel“-Debatte

(Fortsetzung von Seite 1)

Flucht in die Wahrheit

(Fortsetzung von Seite 1)

befriedigend. Aber als sich Höcherl zur Festnahme von Ahlers in Spanien und zu deren rechtlicher Grundlage äußern mußte, da versagte sein unbestreitbares Geschick, sich freizukämpfen.

Der Minister verschwieg überdies dem Parlament, daß das unzulässigerweise mit Interpol gekennzeichnete Telegramm des Bundeskriminalamtes, in dem der Haftbefehl gegen Ahlers mitgeteilt wurde, nicht einfach an die Deutsche Botschaft in Madrid gerichtet war, sondern zu Händen des Militärrattachés Oberst Oster. Warum tat er das? Die Unterlassung Höcherls mußte so den Eindruck erwecken, als sei das Auswärtige Amt involviert. Das aber ist nicht der Fall. Der Oberst untersteht nicht dem Auswärtigen Amt.

Offen bleibt überdies, auf wessen Veranlassung Ahlers nun tatsächlich von der spanischen Polizei festgenommen wurde. Denn das erwähnte Telegramm traf in Madrid ein, als er schon in Malaga festgenommen war. Aber was ging voraus? Wer setzte die spanische Polizei an?

Hier rennen noch alle gegen eine Mauer. Der Bundesinnenminister hat es mit der Aufklärung anscheinend auch nicht sonderlich eilig gehabt. Offenbar waren es die Spanier, die am Dienstagabend mit Protokollen an die Öffentlichkeit traten und damit Höcherl überhaupt erst bewegten, diesen Dingen nachzugehen. Aus seinen Worten vor dem Bundestag könnte man dies schließen.

Aber obwohl die Mysterien bei der Verhaftung in Malaga nun so im Vordergrund stehen — sie bleiben ein Teilaspekt. Politisch stehen selbst maßgebliche Mitglieder der Regierungsparteien vor dem Rätsel, wie es mit der Handlungsfähigkeit der Regierung bestellt sein muß, wenn sie mit dieser Affäre nicht fertig wird.

Hier stellt sich auch das Problem Stammlinger. Als er wußte, daß sein Staatssekretär ihn, den Dienstvorsetzten der Bundesanwaltschaft, von den Informationen über die entscheidende Phase der Aktion gegen den „Spiegel“ abschnitt, hätte er den gesamten Komplex an sich reißen müssen. Statt dessen zog er sich in den Schollwinkel zurück, fachte eine Koalitionskrise an und übte sein Amt nicht aus.

Mit diesem Minister, der vor einem Jahr nicht recht wußte, ob er lieber das Ressort Inneres oder Justiz oder gar Gesundheit übernehmen wollte und der am liebsten Oberbürgermeister von Coburg wäre, ist ein wichtiges Amt in falscher Hand. Das Justizministerium ist heute ohne Kopf, einen Generalbundesanwalt gibt es immer noch nicht — und das in diesen Tagen.

Die politische Kernfrage jedoch lautet: Wie konnte die Regierung es auf sich nehmen, daß auf ihr Ansehen ein Schatten fallen muß? Die moralische Position, die sich die Bundesregierung in dreizehn Jahren und in zäher Arbeit aufgebaut hat — und sie verdankt dies vor allem der Leidenschaft, mit der sie rechtsstaatliche Prinzipien verfochten hat —, erscheint heute in einem anderen Licht als vor der „Spiegel“-Affäre. Wie lange noch?

Mit der Neigung zum Verschleiern ist es nicht mehr getan. Auch nicht damit, daß sich der Kanzler vor die Beamten stellt. Hier hilft nur noch die Flucht nach vorn, die Flucht in die Wahrheit — mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Unternehmen protestieren beim Kanzler

Frankfurt a. M., 7. November (UPI)

Der Vorstand der Braun AG in Frankfurt hat am Mittwoch in einem Blitztelegramm an Bundeskanzler Adenauer gegen dessen Erklärung vor dem Bundestag protestiert. „Leute, die dem 'Spiegel' so viele Anzeigen geben, stehen nicht hoch in meiner Achtung.“ „Soll die Freiheit der Werbung beschränkt werden?“ fragte das Unternehmen den Kanzler.

In Hamburg erklärte die Firma Schwarzpock in einer Stellungnahme: „Wir lassen uns durch Adenauers Ausführungen nicht einschüchtern.“

Heinz Kühn, der Fraktionsführer der SPD im Düsseldorfer Landtag, wurde zum Vorsitzenden des SPD-Landesausschusses Nordrhein-Westfalen gewählt.

Eine SPD-Länderkonferenz wird am 12. November in München über Fragen der Kulturpolitik beraten.

„Damit, Herr Bundeskanzler“, so fuhr Döring fort, „haben Sie ein Urteil gefällt, ehe Herr Augstein sich zum erstenmal einen Gerichtssaal betreten hat. Ich bin nicht bereit, das unwidersprochen hinzunehmen.“

Der sozialdemokratische Abgeordnete Arndt zitierte Döring unter dem Beifall der Sozialdemokraten „Bewunderung für den staatsbürgerlichen Mut“.

Bundesinnenminister Höcherl hatte zuvor die meisten der 18 Fragen, die von einzelnen SPD-Abgeordneten eingebracht worden waren, beantwortet. Höcherl übernahm auch die Beantwortung von Fragen, die an seinen Kollegen Stammlinger vom Bundesjustizministerium gerichtet waren. Stammlinger war zu der Fragestunde nicht erschienen, weil er in der Nacht zuvor einen Schwächeanfall erlitten hatte.

Im einzelnen ergibt sich aus den Antworten von Höcherl:

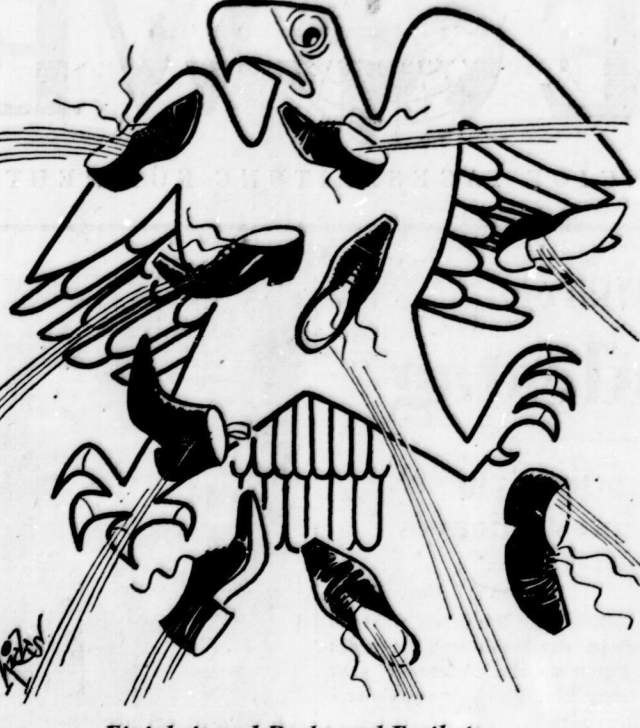
1. Es wurde keine Weisung gegeben, die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen von der Aktion gegen den „Spiegel“ nicht zu unterrichten. Beamte des Bundeskriminalamtes haben das Landeskriminalamt in Düsseldorf lediglich auf den streng geheimen Charakter aufmerksam gemacht. Gegenteilige Erklärungen des Düsseldorfer Innenministers Weyer und des Ministerpräsidenten Meyers „sind zwar schneidend, aber unzutreffend“.

2. Es bleibt ungeklärt, wie Ministerialdirigent Troyka vom Bundesinnenministerium schon vor 20 Uhr am 26. Oktober die Mitteilung erhalten konnte, die Aktion stehe unmittelbar bevor, während sich erst nach 20 Uhr der Irrtum bei der Festnahme eines falschen Rudolf Augstein, des „Spiegel“-Anzeigen-Vertrages Fischer in Düsseldorf, aufhellte. Den Irrtum bei der Festnahme hatte die Bundesanwaltschaft als Grund dafür angegeben, daß Gefahr im Verzuge war und bei Nachtzeit gehandelt werden mußte. Es sollte verhindert werden, daß Fischer den „Spiegel“ benachrichtigt.

3. Eine sofortige Beschlagnahme der inkriminierten „Spiegel“-Ausgabe war sinnlos, weil die Auflage bereits ausgeliefert war. Die Bundesregierung verließ sich auf die Verpflichtung der Bundesanwaltschaft, bei dem Verdacht von Landesverrat von sich aus sofort einzuschreiten.

4. Der Kanzler und Staatssekretär Globke wurden erst im letzten Augenblick von der bevorstehenden Aktion unterrichtet. Der Zeitpunkt der Unterbringung wurde nicht genannt. Auf eine Zusatzfrage antwortete Adenauer selbst: „Der Herr Innenminister hat die Frage ganz richtig beantwortet“.

5. Der Minister wiederholte die Darstellung, daß der Staatssekretär Strauß



Einigkeit und Recht und Freiheit... Zeichnung: Hicks (Copyright DIE WELT)

schon am 24. Oktober von der Aktion gegen den „Spiegel“ gewußt hat. Warum Strauß Justizminister Stammlinger nicht sofort unterrichtet hat und erst am 26. Oktober angeblich einen Versuch dazu unternahm, konnte der Innenminister nicht beantworten.

6. Es hat nichts mit einer Vorzensur zu tun, wenn ein Polizeibeamter die Druckformen für die nächste Ausgabe des „Spiegels“ im versiegelten Umschlag vorliegt. „Hut ab vor einer so vorbildlichen Arbeit.“ Auf die Zusatzfrage, ob die Beschlagnahme von Telefonen und Fernschreibern nicht einer Zensur gleichkomme, denn diese Apparate seien für den Empfang von Nachrichten für die nächste Ausgabe des „Spiegels“ notwendig, stellte der Minister fest: „Ich möchte Sie daran erinnern, daß über diese Apparate jemand gewarnt wurde.“

eine letzte Klärung durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu versuchen. Er halte es für ausgeschlossen, daß das Plenum solche Fragen in dieser Atmosphäre klären könne. Er beantragte sodann Schluß der Debatte.

Erst durch eine Abstimmung im „Hammelsprung“ ließ sich entscheiden, ob die „Spiegel“-Debatte fortgesetzt oder bis 15 Uhr unterbrochen werden sollte. 196 Abgeordnete sprachen sich für die Fortsetzung, 169 dagegen aus.

Für die Sozialdemokratische Partei bedauerte der Abgeordnete Jaksch, daß Bundeskanzler Adenauer und der Bundesinnenminister die Erklärung der SPD in einer Weise kommentiert hätten, die die Motive der SPD-Anfragen in Zweifel ziehen könnte.

Zu dem „Zweifel des Abgeordneten Eriker an der Rechtsstaatlichkeit im Vorgehen bei der „Spiegel“-Affäre“ sagte der CDU-Abgeordnete Wachter, er habe den Eindruck, bei der SPD seien die Randscheinungen dieser Angelegenheit viel wichtiger als der Landesverrat selbst.

Bundeskanzler Adenauer, der zum drittenmal mit einer längeren Erklärung in die Debatte eintrat, mahnte, nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als ob in der Bundesrepublik Gestapo-Methoden herrschten. Zur Verhaftung des „Spiegel“-Redakteurs Ahlers in Spanien meinte er: „Wenn Ahlers zufällig in Deutschland gewesen wäre, hätte ihn dasselbe Mißgeschick getroffen.“ Es sei daher unerheblich, ob er in Malaga oder in Hamburg verhaftet wurde, darüber rege ich mich nicht auf. Auch diese Äußerung Adenauers löste scharfe Mißfallens-geäußerungen im Bundestag aus.

Eindringlich warnte der frühere Generalbundesanwalt Güde (CDU) vor der Fortsetzung dieser Debatte. Die Diskussion erinnere ihn lebhaft an die Berichte über die Scherbengerichte im alten Athen. Die Debatte sei seiner Auffassung nur dadurch möglich geworden, daß die öffentliche Meinung nur „ungenügend informiert“ worden sei.

Güde mahnte, die Relationen zwischen dem eigentlichen Vorwurf und den Verfahrensmängeln nicht zu verwischen, die der Abgeordnete als „Torheiten und Dumheiten“ bezeichnete. Auch die Festnahme von Ahlers in Spanien sei seiner Auffassung nach „kein Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen“. (Siehe auch Tagesbericht.)

Dehler: Vaterländische Leistung des „Spiegels“

Wiesbaden, 7. November (dpa)

Als eine „vaterländische Leistung“ bezeichnete Bundestagsvizepräsident Dehler (FDP) am Mittwochabend in Wiesbaden die Arbeit der „Spiegel“-Redakteure. Auf einer Wahlerversammlung sagte Dehler, bei der sogenannten „Spiegel“-Affäre seien Männer in Verdacht geraten, die sich „der Sache des Vaterlandes“ hoch verpflichtet fühlten. Er kenne Augstein, Jacobi und Ahlers seit vielen Jahren.

Die drei Männer, so sagte Dehler, hätten sich in Artikeln für die deutsche Sache geäußert. Mit leidenschaftlicher Hingabe hätten sie im richtigen Augenblick das Notwendige gesagt, „als andere ganz andere Wege gingen“.

Zweiter Schwächeanfall

Von unserem Korrespondenten Ho, Bonn, 7. November

Bundesjustizminister Stammlinger hat am Mittwoch einen zweiten Schwächeanfall erlitten. In Bonn wird mit der Einlieferung in ein Krankenhaus gerechnet. Politische Kreise der Bundeshauptstadt glauben daher, daß der Rücktritt des Justizministers nur eine Frage der Zeit sein wird.

Stammlinger hatte im Frühjahr einen schweren Autounfall erlitten. Seitdem trug er sich mit Rücktrittsansichten, da er sich seiner Aufgaben nicht mehr voll gewachsen fühlte.

Gespräch Adenauer-Döring

Bonn, 7. November (UPI)

Bundeskanzler Adenauer empfing am Mittwochabend den FDP-Bundestagsabgeordneten Döring zu einem Gespräch, das nach Mitteilung der FDP fast eine Stunde dauerte. Über den Inhalt wird offiziell strengstes Stillschweigen bewahrt. Wie verlautet, wurden Dörings Äußerungen über eine Rivalität zweier Nachrichtendienste in der „Spiegel“-Affäre erörtert.

Es war wie eine Explosion angestauter Gefühle

Stunden größter Erregung im Bundestag

Von unserem Korrespondenten GEORG SCHRÖDER

Bonn, 7. November
Es ist 8.55 Uhr. In fünf Minuten wird die „Spiegel“-Affäre zum erstenmal dem Bundestag beschäftigen. Politische Hochspannung und Nervosität sind unverkennbar. Oberregierungsrat Florian Messerer, der persönliche Referent des Bundesjustizministers Stammlinger, harrt in all dem Wirbel unbeweglich vor der linken Tür aus, die in den Plenarsaal führt.

„Mein Minister ist krank“, sagt Messerer. „Er ist total erschöpft. Er kann nicht aus dem Bett aufstehen. Ich warte auf Bundesinnenminister Höcherl. Der muß die Fragen beantworten. Aber er weiß noch nichts von seinem Glück.“

Gehetzt, mit dem Blick auf die Uhr, sprudelt Messerer die Worte heraus. Und dann klagt er: „Das wäre unser großer Tag gewesen. Wir wären bis Mitternacht zusammen. Es war eine Mordsarbeit, die Antworten abzustimmen mit den anderen Ministern. Hier habe ich sie.“

Es werden noch 25 Minuten vergehen, bis die Abgeordneten im Plenarsaal erfahren, daß Stammlinger, der nachts um zwei Uhr Kreislaufspritzen erhielt, sich krank gemeldet hat.

Vier Minuten nach neun, noch ist der Plenarsaal erst halb gefüllt, beginnt wie ein hastiger Sprung in eiskaltes Wasser die Fragestunde. Von seinem Platz auf der Ministerbank aus beantwortet Herrmann Höcherl die ersten drei der insgesamt 18 von sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Fragen. Sie betreffen seinen Geschäftsbereich.

Als erstes geht es um die Unterrichtung des nordrhein-westfälischen Innenministers. „Die Erklärungen von Meyers und Weyer waren schneidend, aber unzutreffend.“ Der Bundesinnenminister kassiert für diese lächelnd gegebene Antwort auf eine Zwischenfrage. Es hagelt nur so an Zwischenfragen. Sie kommen fast ausschließlich von sozialdemokratischen Abgeordneten.

Bei den Freien Demokraten meldet sich nur der auch unter seinen Fraktionskollegen schon nur noch unwillig ertragene Außensteier Kohut zweimal mit Fragen. Ganz selten kommen Zwischenfragen aus den Reihen der Christlichen Demokraten.

Innenminister Höcherl muß die ganze Stunde des scharfen Floretfechtens durchstehen. Als er für Stammlinger einspringt, um die an den Justizminister gerichteten neun Fragen zu beantworten, macht er es sich nicht leicht. Er sucht selbst nach Antworten auf jede der vielen Zusatzfragen. Unwillig winkt er ab, als sein hinter ihm sitzender Staatssekretär Hölzl ihm offenbar Antworten soufflieren will.

Manchmal springen zwei, drei, ja vier sozialdemokratische Abgeordnete wie durch eine Feder hochgeschwollen von ihren Plätzen auf, um fast gleichzeitig Zusatzfragen zu stellen. Bundestagspräsident Gerstenmaier, der sich fast übersäuber bemüht, Ordnung zu halten, greift jedesmal sehr kurz angebunden ein. Oft geht eine Woge verhaltener Erregung durch den Plenarsaal.

Militärrattaché war eingeschaltet

Bundeskriminalamt telegraphierte an Oberst Oster

Von unserem Korrespondenten Schr, Bonn, 7. November

Der deutsche Militärrattaché in Madrid, der frühere Leiter der militärischen Abwehr im Bundesverteidigungsministerium, Oberst Oster, war nach Angaben von zuständiger Seite bei der Verhaftung des „Spiegel“-Redakteurs Ahlers eingeschaltet worden. Das von Bundesinnenminister Höcherl in der Fragestunde des Bundestages im Wortlaut verlesene Telegramm des Bundeskriminalamtes war zwar an die deutsche Botschaft in Madrid gerichtet. Es enthielt aber, wie zu erfahren war, in der Anschrift den Zusatz „zu Händen von Oberst Oster“.

Im Auswärtigen Amt wurde noch einmal betont, daß es überhaupt nicht unterrichtet war. Entgegen den Gepflogenheiten sei das Telegramm nicht über das Auswärtige Amt zur Weiterleitung gegangen, sondern vom Bundeskriminalamt direkt an Oberst Oster. Dieses Telegramm, das am 27. Oktober morgens 10.45 Uhr, also mehrere Stunden nach der Festnahme des Redakteurs Ahlers, abgesandt wurde, ist als „Interpol 11677“ gekennzeichnet. Es enthielt lediglich den Wortlaut des Haftbefehls.

Spanier über Höcherl erstaunt

„Photokopie des Telegramms aus Wiesbaden nicht gefälscht“

Nachrichtendienst der WELT Madrid, 7. November

Im offiziellen Kreise Madrids wurde am Mittwoch die Äußerung von Bundesinnenminister Höcherl im Bundestag, die amtliche spanische Darstellung über die Verhaftung des „Spiegel“-Redakteurs Ahlers sei sicher auf einen „Irrtum“ zurückzuführen, mit Erstaunen und Befremden aufgenommen. Man machte geltend, daß die Einschaltung von Interpol klar durch das aus Wiesbaden nach Madrid gesandte Interpol-Telegramm bewiesen sei, dessen Photokopien Informationsminister Fraga Iribarne der Presse übergeben hat. Ein Regierungssprecher erklärte der Deutschen Presseagentur: „Ich brauche wohl nicht besonders zu betonen, daß dieses Telegramm nicht gefälscht worden ist.“

Das spanische Informationsministerium erläuterte seine Angaben später noch durch den Hinweis, daß zwei Telefongespräche zwischen Madrid und Wiesbaden geführt worden seien, das erste gegen zwei Uhr, das zweite erheblich später. Beide Gespräche seien von Wiesbaden aus angeordnet worden. Zumindest bei der ersten Unter-

Doch früher als erwartet platzen die Sicherheitsventile der Zurückhaltung im Bundestag mit gewaltigem Getöse. Drei Stunden nach Beendigung der Frage- und Antwortspiels, nach der Eatsrede Starke, bricht völlig unerwartet eine durch Tumultszensur und Beleidigungen charakterisierte heftige Debatte aus.

Eine Erklärung des sozialdemokratischen Abgeordneten Ritzel bringt Bundeskanzler Adenauer auf die Rednertribüne. Pfeifen, Jöhlen, bitterböse Zurufe, Klappern mit den Pulten — die Explosion der angestauten Gefühle im da. FDP-Vorsitzender Mende beantragt den Abbruch der Debatte. Aber die Mehrheit der Abgeordneten erzwingt die Fortsetzung.

Leidenschaftlich und erregt erinnert der aus dem Sudetenland stammende Sozialdemokrat Jaksch daran, welche Opfer die Sozialdemokraten in der Vergangenheit für ihr Bekenntnis zum Rechtsstaat gebracht haben. Bitter und erregt schleudert der CDU-Abgeordnete Wachter die Meinung in den Saal, den Sozialdemokraten seien Randerscheinungen viel wichtiger als der Landesverrat selbst. „Spiegel-Partei“ und „CDU-Partei der Neofaschisten“ wird gerufen.

Der SPD-Abgeordnete Eriker sucht mit betont ruhigen Worten die Debatte wieder zu versachlichen. Auch Adenauer spricht dann fast leise: „Ich habe nie daran gedacht, der SPD vorzuwerfen, mit Landesverrätern zu sympathisieren.“ Aber sofort kommt dann: „Ob Ahlers in Malaga oder in Hamburg verhaftet wird, darüber regt mich nicht auf.“ Wenn Verfahrensmängel vorgekommen seien, würden sie geprüft werden.

Gebannt lauschen dann die Abgeordneten den sehr persönlichen und sehr ernststen Worten des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der FDP, Döring. Nicht nur ein Zwischenrufer, mehr als einer der Zuhörer fragt sich, ob Döring die Koalition aufkündigen wolle. Aber die Frage wird vereinnahmt von dem Mann selber, der sich zu seiner Freundschaft mit Augstein bekannt hat und jetzt gegen die Äußerung des Kanzlers protestiert, Augstein verdiene am Landesverrat. „Sie haben ein Urteil gefällt, ehe Herr Augstein auch nur zum erstenmal einen Gerichtssaal betreten hat. Ich bin nicht bereit, das unwidersprochen hinzunehmen.“

Gibt es im Hintergrund der „Spiegel“-Affäre einen Zweikampf der Nachrichtendienste? Betroffene hören viele Abgeordnete Dörings Forderung, man solle aufklären, welcher Nachrichtendienst es für zweckmäßig gehalten habe, mit dem „Spiegel“ zu arbeiten und welcher es für zweckmäßiger hielt, gegen den „Spiegel“ zu arbeiten. „Ich bin heute noch nicht bereit, darüber zu sprechen, welche Bemühungen ich angestellt habe, um den Kampf zwischen zwei Institutionen zu beseitigen oder doch wenigstens abzumildern.“

Bedeutet dieser Satz, daß mit und durch die „Spiegel“-Affäre nun auch noch eine Affäre der deutschen Geheimdienste entstehen wird? Das fragen sich jetzt manche Abgeordnete. Aber noch weiß keiner von ihnen die Antwort.

Bundeskriminalamt: Nichts mit Ahlers zu tun

Trier, 7. November (dpa)

Der Präsident des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden, Dullien, bestätigt am Mittwoch in Trier auf Anfrage, daß er seine am Vortage getroffene Feststellung, die Interpol und die deutsche Polizei hätten nicht das geringste mit der Festnahme von Ahlers in Spanien zu tun, voll und ganz aufrechterhalten.

Sollte Auslieferungsvertrag umgangen werden?

Von unserem Korrespondenten Gö, Madrid, 7. November

Das genaue Studium des vom spanischen Informationsminister Iribarne den Vertretern der deutschen Presse vorgelegten „Interpol-Telegramms“, das zur Festnahme des Redakteurs Ahlers führte, hat in diplomatischen Kreisen Madrids zu der Vermutung geführt, daß dadurch das normalerweise angewandte deutsch-spanische Auslieferungsverfahren von 1878 und das besondere spanische Auslieferungsgesetz umgangen werden sollte.

Das deutsch-spanische Auslieferungsabkommen verbietet ausdrücklich die Auslieferung in Fällen von Landesverrat, politischen und militärischen Angelegenheiten.